

# DEUTSCHE WIRTSCHAFT DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK IM DRITTEN VIERTELJAHR 1969

„Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik zeigt im ganzen unverändert alle Merkmale einer äußerst lebhaften Konjunktur. Produktion und Beschäftigung sind auf einem sehr hohen Stand. Die Auftrags- und Gewinnsituation ist günstig wie selten zuvor. Die Einkommensentwicklung verbessert sich zusehends. Dies ermöglicht neben einer hohen Spartätigkeit eine kräftige Steigerung des privaten Verbrauchs.“

Mit dieser in wenigen Sätzen zusammengefaßten Situationsschilderung leitet das Bundeswirtschaftsministerium seinen jüngsten Bericht zur Wirtschaftslage ein<sup>1)</sup>.

Von einer gespannten Lage auf den Verbrauchsgütermärkten kann allerdings zur Zeit nicht die Rede sein, wie insbesondere die Herbstmessens gezeigt haben. Vielmehr erleben wir gegenwärtig den größten Export- und Investitionsboom seit Bestehen der Bundesrepublik. „Die sehr starken Anforderungen, die im bisherigen Konjunkturverlauf in erster Linie vom Ausland und von der inländischen Investitionsnachfrage ausgingen, haben . . . erhebliche Spannungen erzeugt und das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört“, schreibt das Bundeswirtschaftsministerium weiter, und es führt hierfür folgende Merkmale an:

## *Rasch wachsende Auftragsbestände*

Die Auftragsbestände bei den Industriefirmen sind ungewöhnlich hoch und steigen laufend weiter. Zur Zeit entsprechen sie einer Produktionsdauer von 4,1 Monaten; sie sind damit höher als im Boom 1960/61 (4 Monate) und im Boom 1965 (3,5 Monate). Wie schnell die Auftragsbestände wachsen, macht ein Vergleich mit unserem letzten Vierteljahresbericht deutlich, in dem wir berichteten, daß die Reichweite der Auftragsbestände in diesem Frühjahr „erst“ 3,8 Monate betrug. In den letzten Monaten waren die Auftragseingänge um durchschnittlich rund 15 vH höher als die gleichzeitigen Auslieferungen<sup>2)</sup>.

Dieser Tatbestand führt zu zunehmenden Lieferfristen, die nach Ansicht des Wirtschaftsministeriums „teilweise ausgesprochene Engpässe entstehen ließen“.

Bei der verarbeitenden Industrie und seit dem Frühjahr in erheblichem Maße auch am Baumarkt sind steigende Erzeugerpreise festzustellen.

Schließlich wird vom Ministerium „ein bisher nicht verzeichneter Mangel an Arbeitskräften“ als Symptom für die Spannungen und Störungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts angegeben. Ende August waren bei den Arbeitsämtern 853 600 offene Stellen und nur 103 800 Arbeitslose gemeldet. Vor einem Jahr betrug die Arbeitslosenzahl Ende August noch 187 800. Eine Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeit hat ergeben, daß gegenwärtig der größere Teil der Arbeitslosen aus persönlichen, meist gesundheitlichen Gründen kaum noch unterzubringen ist. Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte hat sich weiterhin erhöht und mit rund 1,4 Millionen einen neuen Höchststand erreicht.

## *Höhepunkt des Booms erreicht?*

Es gibt Konjunkturbeobachter, die meinen, daß der obere Wendepunkt der Konjunktur bereits überschritten sei; so Dr. *Herbert Hahn*, der maßgebende Konjunkturforscher des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung<sup>3)</sup>. Die Mehrzahl kann indessen ebenso wie das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften (WWI) keine Anzeichen für einen Konjunkturumschwung „in diesem Jahr oder in den ersten Monaten des Jahres 1970“ — so das WWI — entdecken<sup>4)</sup>. Die Prozentzahlen der Zuwachsraten werden allerdings im zweiten Halbjahr 1969 allmählich niedriger werden, da sie auf den bereits hohen Auftrags- und Produktionszahlen des vergangenen Jahres aufbauen.

Das Bundeswirtschaftsministerium sieht „erste Anhaltspunkte für einen weniger stürmischen Fortgang in einzelnen Nachfragebereichen“<sup>5)</sup>. Aber es stellt hierzu fest: „Daß sich darin bereits eine grundlegende Änderung der Investitionsneigung im Inland widerspiegelt, muß man fürs erste bezweifeln. Die Geschäftserwartungen der Unternehmen geben gerade im Investitionsgüterbereich noch keinen Hinweis auf eine entscheidende Änderung der Dispositionen.“<sup>6)</sup>

Die hohe Investitionsbereitschaft wird auch aus den Ergebnissen der Unternehmensbefragungen erkennbar, die das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in kontinuierlicher Folge

1) Monatsbericht des Bundeswirtschaftsministeriums, H. 8/1969.

2) Dieser Bericht wurde am 10. September 1969 abgeschlossen. Bis dahin waren Angaben über Produktion, Auftragslage und Außenhandel erst bis zum Monat Juli 1969 verfügbar.

3) Siehe die Antwort Dr. Hahns auf eine Umfrage der Wochenzeitschrift „Der Volkswirt“ vom 22. 8. 1969, S. 17. Die Frage lautete: „Ist ein Umschwung der Konjunktur bereits erkennbar?“

4) „Der Volkswirt“ vom 22. 8. 1969, S. 17. Siehe auch den Konjunkturbericht in H. 8/9 — 1969 der VWI-Mitteilungen.

5) Monatsbericht 8/1969.

6) „Der Volkswirt“ vom 22. 8. 1969, S. 16.

vonnimmt. Das Ifo-Institut erwartet, daß die Industrieunternehmen in diesem Jahr um fast ein Viertel mehr investieren werden als 1968. Im vorigen Jahr waren die industriellen Investitionen lediglich um 2 vH angestiegen. Wichtigster Grund für die stark gestiegene Investitionsneigung ist die Absicht, die Produktionskapazitäten zu erweitern, was bei dem hohen Auslastungsgrad leicht zu erklären ist. Die Auslastung der Produktionskapazitäten „ist seit dem zweiten Vierteljahr 1967 in der Verarbeitenden Industrie um durchschnittlich 2 vH je Vierteljahr gestiegen und hat in den Monaten April bis Juni dieses Jahres mit knapp 94 vH das sehr hohe Auslastungsniveau der Boomjahre 1960/61 erreicht“<sup>7)</sup>. In der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie waren die Produktionsmöglichkeiten im zweiten Vierteljahr mit 99 vH so gut wie ausgeschöpft. In der Investitionsgüterindustrie betrug der Auslastungsgrad 94 vH; er hat sich in diesem Bereich seit der Rezession — damals war er auf 73 vH gesunken — von Vierteljahr zu Vierteljahr sogar um jeweils 3 vH verbessert.

Die Statistik der Auftragseingänge bei der Industrie gibt folgendes Bild von der Nachfrageentwicklung: Im sogenannten gleitenden 3-Monats-Durchschnitt waren die Auftrags-eingänge im Zeitraum Mai bis Juli 1969 um 23 vH höher als ein Jahr zuvor. Die Zuwachsrate der Inlandsaufträge betrug 22,6 vH, die der Auslandsaufträge 25,3 vH. Die derart prall gefüllten Auftragsbücher der Industriefirmen versprechen noch auf viele Monate hinaus eine volle Auslastung der Produktionskapazitäten. Am stärksten haben die Inlandsbestellungen der Investitionsgüterindustrie zugenommen, nämlich um 36,2 vH! Dagegen konnte die Verbrauchsgüterindustrie nur um 5,1 vH mehr Aufträge aus dem Inland verbuchen als vor einem Jahr. Die volle Entfaltung der Verbrauchskonjunktur steht uns noch bevor.

### 25 vH mehr Aufträge — um 15 vH gestiegene Produktion

In den ersten sieben Monaten dieses Jahres erhielt die Industrie 25 vH mehr Aufträge als im gleichen Vorjahrszeitraum. Mit dieser stürmischen Nachfrage konnte die Industrieproduktion zwar nicht Schritt halten. Immerhin war sie im Zeitraum Januar bis Juli um 15 vH höher als ein Jahr zuvor, und noch im Juli betrug die Wachstumsrate 13 vH. Die Arbeitsproduktivität stieg im 1. Halbjahr um rund 9 vH an.

Wegen der nunmehr in den meisten Bereichen voll oder fast völlig ausgenutzten Produktionsmöglichkeiten muß für die zweite Hälfte dieses Jahres mit einem langsameren Tempo des Produktionswachstums gerechnet

werden. Die Zuwachsrate wird von 15 vH im ersten Halbjahr auf voraussichtlich 8 bis 10 vH im zweiten Halbjahr zurückgehen. Aber auch dann wird die Wachstumsrate der Industrieproduktion für das ganze Jahr 1969 mit 11 bis 12 vH annähernd das sehr gute Ergebnis des vergangenen Jahres von 12 vH erreichen.

### 7—8 vH realer Sozialproduktzuwachs in diesem Jahr

Es ist auch zu erwarten, daß alle Vorausschätzungen des Bruttosozialprodukts für dieses Jahr — zum Teil erheblich — übertreffen werden. Zunächst hatte die Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1969 eine reale Wachstumsrate von 4,5 vH angenommen. Im Mai wurde diese Vorausschätzung auf 5,5 vH erhöht, übereinstimmend mit dem Frühjahrs-Gemeinschaftsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute zur Wirtschaftslage. Inzwischen rechnet Prof. Schiller bereits mit einer realen Zunahme um 6 vH. Aber auch diese Zahl fängt die Dynamik der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung nicht mehr ein. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat für das erste Halbjahr 1969 einen Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts um 9 vH berechnet<sup>8)</sup>. Selbst wenn für das zweite Halbjahr ein Rückgang der realen Zuwachsrate auf 5 bis 6 vH anzunehmen ist, wird das reale Wachstum für das ganze Jahr 1969 noch etwas höher sein als 1968 (6,8 vH). Voraussichtlich wird der *reale* Zuwachs zwischen 7 und 8 vH liegen. *Nominal* — unter Berücksichtigung der Preissteigerungen — wird der Wert der gesamtwirtschaftlichen Leistung (Bruttosozialprodukt) annähernd 590 Mrd. DM betragen gegenüber 529 Mrd. DM im Jahre 1968.

Dabei sind die Auswirkungen der Abwertung des französischen Franc um 11,1 vH berücksichtigt. Sie werden jedenfalls in diesem Jahr längst nicht so stark sein, wie es unmittelbar nach Bekanntwerden der französischen Maßnahmen vom 8. August behauptet wurde. Wenn auch Frankreich an unserem Außenhandelsvolumen mit rund einem Achtel beteiligt und damit unser größter Außenhandelspartner ist, so bleibt doch der Nachfrageboom aus den anderen Partnerländern ungebrochen. Aber selbst was den Handel mit Frankreich anbelangt, bezweifeln Sachkenner ein Nachlassen der deutschen Exporte in den nächsten Monaten als Folge der Franc-Abwertung. Soweit sich bisher übersehen läßt, hat sich auch die Einfuhr aus Frankreich meist nicht verbilligt. An der Situation im Außenhandel mit Frankreich hat sich nichts grundlegend geändert. Für diese Annahme spricht auch, daß

7) Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 21. 8. 1969, S. 224.

8) Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, H. 2/1969, S. 136 ff.

auf den Devisenterminmärkten die Franc-Abwertung bereits längere Zeit vorweggenommen war: Der Terminkurs des Franc wurde vor der Abwertung gegenüber dem Tageskurs mit einem Abschlag gehandelt, der etwa so hoch wie der Abwertungssatz war. In diesem Jahr wird sich jedenfalls der Ausfuhrüberschuß, den der Außenhandel mit Frankreich aufweist, kaum vermindern; 1968 betrug er 2,46 Mrd. DM, und im ersten Halbjahr 1969 war er auf 1,12 Mrd. DM gegenüber 990 Mill. D-Mark im ersten Halbjahr 1968 gestiegen. Ob sich im nächsten Jahr an diesem Ungleichgewicht etwas Wesentliches ändert, wird wohl weniger von der Franc-Abwertung als vielmehr von der Konjunktorentwicklung in Frankreich und von der Wirksamkeit der von der französischen Regierung beschlossenen Konjunkturdämpfungsmaßnahmen abhängen.

#### *Franc-Abwertung ersetzt nicht DM-Aufwertung*

Für die angespannte deutsche Konjunktursituation bringt die Franc-Abwertung also kaum eine spürbare Entlastung. Die Behauptung, nunmehr wäre eine Aufwertung der D-Mark überflüssig geworden, war wahlpolitischer Dummenfang. Die französische Regierung hatte den Abwertungssatz so bemessen, daß sich die Bundesregierung mit einer DM-Aufwertung anschließen konnte. Aber auch diese Chance wurde vertan. Bundeskanzler *Kiesinger* und die CDU/CSU-Minister blieben bei ihrem — wahltaktischen — Verzicht auf eine Aufwertung. Die CDU/CSU und ein Teil der mit ihr sympathisierenden Presse, wie z. B. *Bild*, feierten die Franc-Abwertung als einen „Sieg“. Dabei wurde übersehen, daß der französische Staatspräsident *Pompidou* das sture *Nein de Gaulles* zur Franc-Abwertung beiseite schob, weil die Abwertung für Frankreich nützlich ist. Das verbohrte *Nein Kiesingers* zur DM-Aufwertung schadet dagegen der Bundesrepublik. Dies ist weiterhin die Auffassung fast aller Sachkenner. Auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat sich in einem — der Bundesregierung am 30. Juni 1969 zugeleiteten — Sondergutachten noch einmal dafür ausgesprochen, daß die Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes „gleichzeitig auf längere Sicht nur gesichert werden können, wenn die Bundesregierung sich zu einer Wechselkursanpassung entschließt“<sup>9)</sup>. Lehnt sie dies ab, „so müßte hingenommen werden, daß das außenwirtschaftliche Gleichgewicht über eine Aushöhlung der Binnenkaufkraft der D-Mark wiederhergestellt wird. . . . Der Versuch, allein mit binnenwirtschaftlichen Mitteln gegen die akuten Preissteigerungsgefahren anzukämpfen, wird ohne nachhaltigen Erfolg bleiben“<sup>10)</sup>.

Mit anderen Worten: *Kiesinger* und die CDU/CSU-Minister verzichteten auf das wirksamste Mittel zur Dämpfung des Booms und wählten stattdessen den Weg der Anpassungsinflation. Ihre Motive waren nicht ökonomisch-sachlicher, sondern wahltaktischer Art. Die CDU/CSU fürchtete „in erster Linie, Schiller könnte mit seiner Politik bereits zuviel Erfolg gehabt und zuviel potentielle Wählerstimmen auf die Seite der SPD herübergezogen haben. Diesem Alptraum werden bei der CDU schon seit einiger Zeit alle politischen und wirtschaftspolitischen Aktionen untergeordnet. Denn es ist Wahlkampfzeit. Also lautet die Parole: Laßt den Wirtschaftsminister nur ja nicht das Vernünftige tun.“ Dieses harte, aber objektive Urteil über das verantwortungslose Spiel der CDU/CSU mit der D-Mark enthielt ein Leitartikel des *Handelsblatt* vom 9. 7. 1969, dessen Schreiber gewiß nicht mit der SPD sympathisiert. Er ist nur ein Beispiel aus einer Fülle ähnlicher Kommentare maßgeblicher Wirtschaftsjournalisten.

#### *Weiterhin hohe Ausfuhrüberschüsse*

Die Frage der DM-Aufwertung wurde im vorigen Vierteljahresbericht eingehend erörtert<sup>11)</sup>. Ergänzend hierzu sei mitgeteilt, daß die Ausfuhrüberschüsse seitdem nicht niedriger geworden sind. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres stand einer Ausfuhr im Werte von 64,3 Mrd. DM (= 17,2 vH mehr als in der gleichen Vorjahrszeit) ein Einfuhrwert von 56 Mrd. DM (= 22,5 vH) gegenüber. Trotz einem stärkeren Wachstum der Einfuhr ergab sich demnach ein Ausfuhrüberschuß von 8,3 Mrd. DM. Er wäre noch größer gewesen, wenn nicht der Januar ein anomales Ergebnis gehabt hätte; da Exporte, die bereits bei Inkrafttreten des außenwirtschaftlichen Absicherungsgesetzes vereinbart waren, noch bis zum 23. Dezember 1968 von der Exportsteuer befreit waren, wurden viele Exporte, die sonst erst im Januar erfolgt wären, vorgezogen. In den Monaten Februar bis Juli 1969 war der Ausfuhrüberschuß mit 8,2 Mrd. D-Mark jedenfalls noch um 300 Mill. DM höher als in der gleichen Vorjahrszeit. Für das ganze Jahr 1969 kann man einen Ausfuhrüberschuß erwarten, der eher bei 16 als bei 15 Mrd. DM liegen wird.

Das ist zwar weniger als im vergangenen Jahr — 18,4 Mrd. DM. Aber auch 15 bis 16 Mrd. DM sind erheblich vom außenwirtschaftlichen Gleichgewicht entfernt, dessen äußerste Grenze nach Ansicht der Bundesregierung bei 2 vH des Bruttosozialprodukts liegt. Das wären 11 bis 12 Mrd. DM; ein Ausfuhrüberschuß in dieser Höhe wäre äußerstenfalls

9) Bundestagsdrucksache V/4574, speziell Ziffer 37.

10) Bundestagsdrucksache V/4574, speziell Ziffer 31.

11) GM, H. 7/1969, S. 431 ff.

zur Deckung der Defizite bei den übrigen Posten der Zahlungsbilanz, z. B. im Reiseverkehr, durch die Überweisungen der ausländischen Arbeitskräfte, Entwicklungshilfe usw., erforderlich.

#### *An falscher Stelle und zuwenig gebremst*

Es wäre vernünftig gewesen, dort Gas wegzunehmen, wo die Motoren der Konjunktur auf den höchsten Touren laufen, bei der Auslandsnachfrage. Auf das wirksamste Mittel hierfür, auf die Aufwertung wurde verzichtet. Statt dessen soll nach den Beschlüssen des Bundeskabinetts vom 22. Juli einseitig die Binnen nachfrage gedämpft werden. Aber auch hier wurde Bundeswirtschaftsminister Prof. Schiller die Anwendung eines Mittels, das er mit einiger Aussicht auf Erfolg dort ansetzen wollte, wo die Inlandskonjunktur am heißesten ist, verweigert. Er hatte eine befristete Aussetzung oder Einschränkung der degressiven Abschreibung vorgeschlagen, wie sie im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz als Maßnahme zur Dämpfung des Investitionsbooms vorgesehen ist. Die CDU/CSU-Mehrheit im Bundeskabinett lehnte abermals ab. Kritisch äußerte sich zu diesem Verhalten der angesehene Wirtschaftsjournalist *Walter Slotosch* in der *Süddeutschen Zeitung* vom 16./17. 8. 1969:

„Wenn im größten Boom der letzten zwei Jahrzehnte vor einem eindeutig sich ankündigenden inflatorischen Schub kein Gebrauch von dem Stabilitätsgesetz gemacht wird, kann man es in die Rumpelkammer befördern.“

Die Ende Juli vom Kabinett beschlossenen Dämpfungsmaßnahmen setzen ausschließlich beim öffentlichen Haushalt an. Etwa 7 Mrd. D-Mark sollen dem Kreislauf entzogen und stillgelegt werden. Davon entfallen 1,8 Mrd. D-Mark auf eine Ausgaben Sperre im Bundeshaushalt 1969. Außerdem sollen Steuermehreinnahmen beim Bund und — in Höhe von 1,2 Mrd. DM — bei den Ländern, die sich aus dem Boom ergeben, zur Schuldentrückzahlung und zur Verringerung der Kreditaufnahme verwendet werden. Formal wurde auch die Bildung einer Konjunkturausgleichsrücklage beschlossen, praktisch wird aber keine Einzahlung erfolgen, da statt dessen Schulden getilgt werden können. Eine solche Schuldentrückzahlung hat indessen nicht die gleiche intensive Wirkung wie eine Stilllegung von Steuermitteln bei der Bundesbahn.

Die meisten Konjunkturbeobachter stimmen darin überein, daß die beabsichtigte finanzpolitische Gegensteuerung allein zuwenig und an der falschen Stelle eingesetzt ist. Hinzu kommt, daß auch die Bundesbank ihre kreditpolitischen Mittel nur begrenzt einsetzen kann. Einmal darf die Bundesbank den Diskontsatz nicht so stark erhöhen, daß der Kapitalexport uninteressant wird. Zum anderen haben Wirt-

schaft und Banken, vor allem durch die hohen Exportüberschüsse, sehr starke Liquiditätspolster, so daß die Kreditbremsen erst nach einem langen Bremsweg richtig greifen würden. Inzwischen würden aber, wie 1966, die kommunalen Infrastrukturinvestitionen und der Wohnungsbau die Hauptbetroffenen sein, beides Bereiche, die am zinsempfindlichsten, zur Zeit aber durchaus nicht überhitzt sind. Der Diskontsatz wurde seit Mitte April zunächst von 3 auf 4 und am 20. Juni auf 5 vH erhöht, die Mindestreserven wurden am 1. August zum zweitenmal in diesem Jahr — um 10 vH — heraufgesetzt.

Am 11. September hat die Bundesbank den Diskontsatz noch einmal, auf 6 vH. erhöht. Dies ist der höchste Satz seit dem Koreaboom von 1951. Außerdem wurde der Lombardsatz von 6 auf 7,5 vH heraufgesetzt. Für das *Handelsblatt* (vom 12. 9. 1969) „ist der Diskontbeschuß ein letzter verzweifelter Versuch, die Dinge doch noch in den Griff zu bekommen, die heraufziehende Anpassungs-inflation in Grenzen zu halten. Ob die Bundesbank dieses Ziel mit ihren begrenzten Mitteln, die sie jetzt voll eingesetzt hat, erreichen wird, ist ungewiß.“ Denn die außenwirtschaftliche Flanke bleibt weiterhin offen. Es kann sogar eine unerwünschte gegenteilige Wirkung eintreten, wenn infolge der Diskonterhöhung der Geldexport für die Kreditinstitute uninteressant wird und dadurch die Devisenbestände wieder größer werden. Für das Ausland kann der Bundesbankbeschuß ein Signal dafür sein, daß die Bundesbank gewillt ist, die Bundesregierung in der Währungspolitik zum Handeln zu zwingen. Dadurch könnte die Spekulation um eine DM-Aufwertung nach den Wahlen wieder aktuell werden und zu erneuten Schwierigkeiten führen.

#### *Preiswelle nach der Wahl?*

Der starke Nachfragesog erhöht natürlich die Chance, Preiserhöhungen durchzusetzen. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung führt die bisher im ganzen noch zu beobachtende Zurückhaltung der Unternehmer nicht zuletzt auf die Bundestagswahl zurück. Auch im Wahljahr 1957 habe eine beträchtliche Zahl von Unternehmern der Regierung zugesagt, die Preise vor der Wahl nicht zu erhöhen. Danach seien die Preise jedoch kräftig gestiegen. Immerhin sind auch im bisherigen Verlauf des Jahres die Preise stärker gestiegen als in den Vorjahren, so die industriellen Erzeugerpreise um 2,2 vH, die Agrarpreise um 7,8 vH und der Preisindex für die Lebenshaltung eines Arbeitnehmerhaushalts um 3,2 vH. Es ist leicht vorauszu-sehen, daß sich der Anstieg der Verbraucherpreise bei verstärkter Verbrauchskonjunktur noch beschleunigen wird.

Das sich verschlechternde Preisklima kann ein Grund dafür sein, daß sich die neue Bun-

desregierung nach der Wahl recht bald für eine DM-Aufwertung entscheidet. Sie muß ohnehin in absehbarer Zeit kommen, da die steuerlichen Ersatzmaßnahmen nicht zeitlich unbegrenzt gelten können — dem stehen EWG-Bestimmungen entgegen — und dann etwas an ihre Stelle gesetzt werden muß; eine ersatzlose Streichung würde sogar eine Abwertung bedeuten. Diese Zusammenhänge sind natürlich den Außenhändlern und Devisenspekulanten in aller Welt bekannt, und so ist die Befürchtung des Sachverständigenrats, in den Wochen nach der Wahl könnte es „abermals zu einem Run auf die D-Mark kommen“ gewiß nicht leicht zu nehmen. Preiswelle und Spekulationswelle zusammen könnten einen starken Druck, bald nach der Wahl doch aufzuwerten, ausüben. Der konjunkturpolitisch günstigste Zeitpunkt für eine Aufwertung ist freilich verpaßt worden, und es ist zu fragen, ob dann nicht bereits eine Aufwertung unter konjunkturellem Aspekt sehr problematisch ist.

Im letzten Vierteljahresbericht wurde bereits dargelegt, daß die Verweigerung der DM-Aufwertung durch die CDU/CSU-Minister die Unternehmer begünstigt und die Arbeitnehmer benachteiligt. Die Aufwertung sei „eine Gewinnausschüttung für Fleiß und Wohlverhalten der *ganzen* Bevölkerung“, so hat es Sebastian Haffner plastisch formuliert. Die Nicht-Aufwertung erhöht dagegen einseitig die Unternehmervorgewinne, die im bisherigen Konjunkturverlauf ohnehin den Löhnen und Gehältern weit vorausgeeilt sind. „Während die Löhne je geleistete Arbeitsstunde vom Beginn der Rezession (Jahresmitte 1966) bis heute nur um reichlich 20 vH gestiegen sind, haben sich die übrigen Einkommen — genauer: die Gewinne einschließlich Abschreibungen und Steuern — um fast 35 vH erhöht.“ Diesen Vergleich hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in seinem Wochenbericht vom 21. 8. 1969 (S. 222) gezogen.

Soweit die verfügbaren Zahlen über die Lohnentwicklung in diesem Jahr reichen, zeigen sie, daß mindestens in der Industrie und im ersten Halbjahr die Löhne und Gehälter immer noch hinter der Gewinnentwicklung zurückgeblieben sind. Der Umsatz der Industrie war im ersten Halbjahr um 16,5 vH höher als im gleichen Vorjahrszeitraum, die Bruttolohn- und -gehaltssumme aber nur um 14,2 vH<sup>12)</sup>. Daraus läßt sich der Schluß folgern, daß die Erträge der Unternehmen noch etwas mehr als um 16,5 vH gestiegen sind, auf jeden Fall stärker als die Löhne und Gehälter. Da die Zahl der Industriebeschäftigten um 5,2 vH größer geworden ist, war die Bruttolohn- und -gehaltssumme der Industrie je Beschäftigten im ersten Halbjahr 1969 um rund 9,5 vH höher als im ersten Halbjahr 1968.

### *Lohnrückstand führt zu Protestaktionen*

Die Unzufriedenheit mit dieser Entwicklung führte im ersten Septemberdrittel — zum erstenmal in größerem Umfang in der Bundesrepublik — zu spontanen Arbeitsniederlegungen in einer Reihe von Stahlwerken und Zechen, aber auch in mehreren anderen Großbetrieben. Hier und da mögen betriebliche Mißlichkeiten den Anstoß zu den spontanen Aktionen gegeben haben. Im ganzen war es jedoch ein Protest gegen die fortdauernde Benachteiligung der Arbeitnehmer im bisherigen Konjunkturverlauf, gegen das Ausbleiben der sozialen Symmetrie. Die Frage, wie und wann der Lohnrückstand, mit dem der wirtschaftliche Aufschwung erkauft wurde, ausgeglichen werden soll, wurde nicht Überall mit dem nötigen Ernst behandelt<sup>13)</sup>. Bundeskanzler Kiesinger und die CDU/CSU-Mehrheit im Kabinett trafen vielmehr mit dem Nein zur Aufwertung zugleich eine verteilungspolitische Entscheidung zugunsten der Gewinne, wodurch der Lohnrückstand eher noch größer werden mußte.

Hinzu kam, daß einige für die Volkswirtschaft bedeutsame Tarifverträge noch unter dem Eindruck der Rezession mit langen Laufzeiten abgeschlossen worden waren, die inzwischen von dem unerwartet kräftigen Wirtschaftsaufschwung überholt wurden. Dies zeigte sich vielfach an einem wachsenden Abstand zwischen Tarif- und Effektivlöhnen. Die sogenannte Lohndrift wurde größer; in den ersten Monaten dieses Jahres lag die Zuwachsrate der Tariflöhne um etwa 2 vH unter der Rate der Effektivlöhne. In weiten Bereichen der Wirtschaft konnten die Unternehmer indessen unter dem Schutz der Friedenspflicht, zu der die Gewerkschaften als Vertragspartner verpflichtet waren, hohe Konjunkturgewinne auf Kosten der Arbeitnehmer machen. Warnungen der Gewerkschaften, verbunden mit der Forderung, die Laufdauer abzukürzen und Tarifverhandlungen zu beginnen, fanden zunächst kein Gehör.

Erst unter dem Eindruck der spontanen Arbeitsniederlegungen willigten die Arbeitgeber in sofortige Verhandlungen ein. Im Bergbau kam es rückwirkend vom 1. September an zu einer Lohnerhöhung von 3,50 DM je vergütete Schicht. Die Saar-Bergleute erhielten zudem eine Ausgleichszahlung von 310 DM. Weiter wurde vereinbart, daß ein vom 1. 1. 1970 an geltender, noch im einzelnen auszuhandelnder Tarifvertrag u. a. einen Mindesturlaub von vier Wochen, eine vermögenswirksame Treueprämie von 312 DM im Jahr sowie kostenlose

12) Wirtschaft und Statistik, H. 8/1969, S. 435 ff.

13) Siehe zu dieser Frage insbesondere Günter Pehl: Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung, GM, H. 1/1969, S. 37 ff. und Günter Pehl: Sechs Prozent Tarifierhöhung sind nicht genug, GM, H. 3/1969, S. 160 ff.

Arbeitskleidung vorsehen soll. Es dürfte wohl eine Lehre aus den jüngsten Erfahrungen sein, wenn die neue Lohnordnung ohne Laufzeit, mit einer Kündigungsfrist von vier Wochen abgeschlossen wurde. Auch für die Arbeitnehmer in der nordrhein-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie wurde vorzeitig ein neuer Tarifvertrag ausgehandelt. Er sieht eine Lohnerhöhung um 11 vH ab 1. September vor.

Bereits Anfang August hatte die IG Metall für die metallverarbeitende Industrie im ganzen Bundesgebiet eine Lohnerhöhung um 8 vH vereinbaren können, die bereits am 1. September, einen Monat vor dem Auslaufen des alten Vertrages, wirksam wurde. In beiden Bereichen konnte außerdem eine stufenweise Verlängerung des Urlaubs erreicht werden.

*Günter Pehl*